

Bundestagswahl

Anforderungen des DGB, um das Handwerk als attraktive Branche zu etablieren

SEITE 1+2

Rechtspopulismus

Umgang mit Rechtspopulismus: hilfreiche Anlaufstellen im Alltag und am Arbeitsplatz

SEITE 3

Handwerk

Ausbildungskampagne
Friseur/
Branchenseminar Bäcker

SEITE 4+5

Urteil

Arbeitsgericht bestätigt:
Gastmitgliedschaft ist
Tarifflicht

SEITE 7

Unsere Forderungen zur Bundestagswahl 2017

Gute Arbeit im Handwerk. Jetzt.

Die Grundbedingungen für „Gute Arbeit im Handwerk“ müssen in Deutschland als selbstverständlich akzeptiert werden. Denn nur so wird das Handwerk als Arbeitgeber für Fachkräfte attraktiv – und kann Zukunft sichern. Der DGB hat die wesentlichen Anforderungen zur Bundestagswahl 2017 ausgearbeitet.

Gute Arbeit durch Sozialpartnerschaft und Tarif

Leider nimmt derzeit die Tarifbindung kontinuierlich ab – und damit die Attraktivität der Handwerksbranchen. Neue und qualifizierte Fachkräfte wird das Handwerk nur finden, wenn gute Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und gerechte Bezahlung nach Tarif vorhanden sind. Gleichzeitig müssen Anstrengungen unternommen werden, das Handwerk auch für Frauen, Menschen mit Behinderung oder Migrationshintergrund attraktiver zu machen, die in einigen Gewerken noch unterrepräsentiert sind.

Grundbedingung ist die Tarifbindung im Handwerk. Die Stärkung der Mitgliedschaft in Innungen und Gewerkschaften ist Basis für flächendeckende Tarifverträge. Gleichzeitig muss Mitgliedschaften in Innungen ohne Tarifbindung (OT) eine Absage erteilt werden. Wenn die Entwicklung zu OT-Strukturen anhält, sollten ordnungspolitische Maßnahmen erwogen werden. Die Handwerksordnung (HwO) muss im Sinne einer stärkeren Tarifbindung der Handwerksinnungen und Innungsverbände angepasst werden.

Für eine Stärkung der Sozialpartnerschaft und Tarifbindung im Handwerk sollte auch bei Handwerksbetrieben stärker geworben werden.

Um „Gute Arbeit“ nachhaltig zu sichern, müssen Betriebsräte im Handwerk selbstverständlich werden. Um diese Herausforderung zu meistern, muss das Betriebsverfassungsgesetz weiterentwickelt werden.

Die Handwerksorganisationen finanzieren sich mit bis zu 30 Prozent über öffentliche Fördermittel. Für die Vergabe der Gelder sollte eine funktionierende Sozialpartnerschaft und Tarifbindung der Betriebe, Innungen und Verbände unbedingte Voraussetzung sein. Deshalb fordern wir, dass die Erfüllung von „Guter Arbeit“ und Tarifgebundenheit als verbindliche Fördervoraussetzung aufgenommen wird.

Gute Bildung im Handwerk: Infrastruktur ausbauen

Die Qualität der Ausbildung muss gesteigert und ausgebaut werden. Denn nur qualitativ hochwertige Ausbildungsgänge mit realistischen Übernahmekancen und fairer Vergütung sichern Fachkräfte für ein innovatives Handwerk.

Die duale Berufsbildung in Deutschland bietet viele innovative und qualitativ hochwertige Möglichkeiten zur beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung.

Der Meisterbrief im Handwerk ist ein wesentliches Qualitätssiegel und Garant für die qualitativ hochwertige Ausbildung von Handwerkerinnen und Handwerkern. Bestrebungen auf europäischer Ebene, besondere Qualifikationsmöglichkeiten wie den Meisterbrief und die in vielen Bereichen des Handwerks geltende Meisterpflicht weiter einzuschränken, lehnen wir ab.

Überbetriebliche Berufsbildungsstätten und Kompetenzzentren leisten wichtige Beiträge zur Berufsorientierung und zur Unterstützung des auszubildenden Handwerks. Die ergänzende überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (ÜLU) im Handwerk ist wichtiger Träger von Technologietransfer und soll verbindlich dort in die Ausbildungsordnungen aufgenommen werden, wo die Sozialpartner es wünschen.

Jährlich werden die ÜLU Bildungsstätten mit rund 74 Mio. Euro Bundesmitteln finanziert (Investition und Lehrgänge). Die Rahmenlehrpläne werden aber faktisch durch die Arbeitgeberverbände am Heinz-Piest-Institut für Handwerkstechnik (HPI) erarbeitet – unter Ausschluss der Gewerkschaften. Das HPI an der Uni Hannover ist eines der fünf Handwerksinstitute, die jährlich mit ca. einer Mio. Euro Bundesmittel unterstützt werden.

Der DGB fordert, dieses Verfahren abzulösen und die Lehrpläne künftig im Rahmen der Neuordnungsverfahren beim BiBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) zu erarbeiten, unter Einbeziehung der Sozialpartner. Die Bewilligung der steuerfinanzierten Lehrgangsförderung muss von einer verbindlichen Beteiligung der Sozialpartner abhängig gemacht werden.

Solo-Selbstständigkeit – Fair Play statt Selbstausbeutung

Der Trend zur Solo-Selbstständigkeit im Handwerk geht weiter. Auch hier müssen Konzepte gefunden werden, um für diese immer größer werdende Gruppe im Handwerk einen fairen Wettbewerb zu sichern. Hierzu müssen ordnungspolitische Rahmenbedingungen

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundestagswahl naht mit großen Schritten. Der Wahlausgang wird sich auf Arbeitsbedingungen, politische Entwicklungen und neue Perspektiven im Handwerk auswirken. In dieser Ausgabe des Handwerksinfos beschäftigen wir uns in zwei Artikeln mit der kommenden Wahl:

Unsere Forderungen an die zukünftige Regierung formulieren wir auf Seite 1. Mit den Schwerpunkten „Gute Arbeit durch Sozialpartnerschaft und Tarif“, „Gute Bildung im Handwerk: Infrastruktur ausbauen“ und „Solo-Selbständigkeit – Fair Play statt Selbstausbeutung“ setzen wir unsere Prioritäten.

Die Arbeit der großen Koalition seit 2013 stellen wir auf den Prüfstand – und schauen ganz gezielt auf die Auswirkungen und Veränderungen, die sich für das Handwerk ergeben haben. Hier auf dieser Seite.

Um den Umgang mit Rechtspopulismus geht es auf Seite 3. Zwar geben sie sich bürgernah und arbeitnehmerfreundlich – doch verfolgen diese Wölfe im Schafspelz eine neoliberale Linie, die dem etablierten und wohlhabenden Block zu Gute kommt – und die klar gewerkschaftsfeindlich ist. Außerdem setzen wir Gewerkschafter/innen uns entschieden für eine offene, solidarische und gerechte Gesellschaft ein, ohne Hass und Diskriminierung!

Ich freue mich, mit welcher Energie die Friseur/innen ihre Ausbildungskampagne „Besser abschneiden“ starten – und bin sicher, sie werden damit eine große Welle machen, vielleicht sogar eine Dauerwelle. Diese Frische und Kampfkraft zeigt, wie wir gesellschaftliche Veränderungen anschieben können. Und das ist unbedingt zur Nachahmung empfohlen. Mehr auf Seite 4.

Das Projekt „Perspektive Selbstverwaltung“ läuft sehr erfolgreich an. Wir werden hier im Handwerksinfo kontinuierlich über Neuigkeiten berichten. Daneben gibt es auf den Seiten 5 bis 7 weitere spannende Themen rund um Digitalisierung, Tarifbindung und grenzüberschreitende Dienstleistungen im Handwerk.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Stefan Körzell, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes



Stefan Körzell, DGB-Vorstandsmitglied, zuständig für Handwerkspolitik

Copyright: DGB/Simone M. Neumann

Unser Fazit zum Koalitionsvertrag 2013

Da geht noch mehr

Der Koalitionsvertrag 2013 wurde zwischen CDU, CSU und SPD geschlossen. Was hat die Koalition den Beschäftigten im Handwerk gebracht? Wir machen den Check.

Tarifbindung



Das ist passiert: Online-Konsultation zum Branchendialog Handwerk. Spitzengespräch zur Stärkung des Handwerks mit BMWi, ZDH und Gewerkschaften – mit dem Ergebnis einer gemeinsamen Erklärung zum Branchendialog Handwerk und zahlreichen vereinbarten Maßnahmen. Aus dem Branchendialog ist das Projekt „PerSe – Perspektive Selbstverwaltung“ entstanden.

Meisterbrief



Das ist passiert: Zwar hat die Koalition ihr „Versprechen“ gehalten, dass der Meisterbrief „nicht durch Maßnahmen des europäischen Binnenmarktes beeinträchtigt wird“ – jedoch gibt es immer wieder „Angriffe“ aus Brüssel, beispielsweise im Zusammenhang mit dem Dienstleistungspaket. Die Gefahr ist noch nicht gebannt.

Gewährleistungsrecht



Das ist passiert: Handwerker und andere Unternehmer bleiben „nicht pauschal auf den Folgekosten von Produktmängeln sitzen“. Jetzt gibt es einen Rückgriffsanspruch des Unternehmers gegen seinen Lieferanten. Künftig muss der Materiallieferant nicht nur neue, einwandfreie Ware liefern, sondern auch die Reparatur bezahlen.

Aus- und Weiterbildung



Das ist passiert: Vereinbarung der „Allianz für Aus- und Weiterbildung 2015–2018“ – mit einem breiten Themenspektrum, unter anderem Qualität der Ausbildung, Berufliche Weiterbildung, Wege für Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete. Es gibt noch viel zu tun, denn unser Ziel ist die Ausbildungsgarantie.

Berufsbildungsgesetz (BBiG)



Das ist passiert: Aus Sicht des BMBF besteht aktuell kein Novellierungsbedarf. Anpassungen, unter anderem hinsichtlich der Erhöhung der Durchlässigkeit, Stärkung der Ausbildungsqualität und Sicherung des Ehrenamtes in den Prüfungsgremien, wurden nicht umgesetzt.

Berufsbildungsstätten und Kompetenzzentren



Das ist passiert: Zwar wurden die Mittel erhöht – so wurden zusätzliche Mittel zur Digitalisierung und für Geflüchtete bereitgestellt – jedoch gibt es noch immer keine Gleichbehandlung der Gewerkschaften bei der Erarbeitung der Inhalte der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU).

Meister-BAföG (AFBG)



Das ist passiert: Das novellierte AFBG ist zum 1.8.2016 in Kraft getreten. Absolute Förderbeträge werden erhöht, Zuschüsse steigen – das steigert die Attraktivität der Aufstiegsfortbildung deutlich. Auch Bachelorabsolventen/innen können gefördert werden, wenn sie den Meister machen und später einen Handwerksbetrieb leiten wollen.

Fortsetzung von Seite 1

erarbeitet – und die soziale Absicherung für Solo-Selbstständige geregelt werden.

Im Gewerbebereich muss eine stärkere Abgrenzung von Scheinselbstständigkeit und echter Selbstständigkeit erfolgen.

Darüber hinaus müssen Kammern und Gewerbebeamte bessere Kontrollmöglichkeiten erhalten. Der Zoll muss durch eine personelle Aufstockung befähigt werden, die Einhaltung der Regeln intensiver zu prüfen. Weitere wettbewerbsverzerrende Elemente müssen angepasst werden, so die fehlende Alterssicherung der Solo-Selbstständigen und die Bagatellgrenze von 17.500 Euro Jahresumsatz bei der Umsatzsteuer.

Gewerkschaftsfeinde entlarven

Rechtspopulistische Diskurse und die Erfolge rechtspopulistischer Parteien in Deutschland und Europa prägen die aktuelle gesellschaftliche Diskussion. In Deutschland macht vor allem die „Alternative für Deutschland“ (AfD) Stimmung gegen „Flüchtlinge“, „Lügenpresse“ und „Altparteien“. Wir Gewerkschafter/innen sollten dem entschieden entgegenzutreten – im eigenen Interesse.

Mit ihren Forderungen nach Ausgrenzung und Abschottung versuchen Rechtspopulist/innen, unsere Gesellschaft zu spalten. Sie stellen eine ernstzunehmende Bedrohung für unser demokratisches und soziales Gemeinwesen dar. Wie konnte es soweit kommen?

Ängste sind ihr Antrieb

Die AfD wurde 2013 als wirtschaftsliberale Anti-Euro-Partei gegründet. Mittlerweile hat sie sich zu einer radikal nationalistischen Anti-Partei entwickelt. Die AfD lehnt eine vielfältige Gesellschaft ab, propagiert ein reaktionäres Familienbild und sucht den Schulterchluss mit der äußersten Rechten in Europa.

Die bisherigen Landtagswahlen wurden von den bundespolitischen Themen Flucht und Zuwanderung dominiert. Daraus hat die AfD mit einer polemischen Überzeichnung von

Krisenszenarien und einer explizit demokratie-, fremden- und islamfeindlichen Ausgrenzungsrhetorik Kapital geschlagen.

Neoliberale Wölfe im Schafspelz

Im Vorfeld der Bundestagswahl bemüht sich die AfD um einen arbeitnehmer/innenfreundlichen Anstrich – und dennoch hat sie sich ihren neoliberalen Kern erhalten. Das machen nicht zuletzt ihr Grundsatz- und Wahlprogramm deutlich: Die Begriffe „Gewerkschaften“, „Betriebsräte“ oder „betriebliche Mitbestimmung“ sucht man vergeblich.

Stattdessen will die AfD weiter deregulieren, Bürokratie abbauen, die Erbschaftssteuer abschaffen und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer verhindern. Übersetzt heißt das: Weniger Einnahmen für den Staat und die sozialen Sicherungssysteme und damit weniger Leistungen. Mehr Privatisierung von staatlichen Aufgaben und weniger Schutz von Arbeitnehmer/innen. Die Rechte von Arbeitnehmer/innen sind für die AfD vor allem eins: bürokratische Hindernisse, die es abzubauen gilt.

Solidarität ist unsere Stärke

Im Gegensatz zu rechtspopulistischen Meinungsmacher/innen streiten wir Gewerkschafter/innen für eine offene und solidarische

Gesellschaft. Wir treten für die Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ein. Wir setzen uns ein für die Verwirklichung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern – und bekämpfen jede Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, rassistischer Zuschreibungen, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Orientierung.

Diese Ziele sind in unserer Satzung des Deutschen Gewerkschaftsbunds formuliert, sie sind handlungsleitend für unsere Arbeit in allen Politikfeldern und für die Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Strömungen und Einstellungen.

Als Gewerkschafter/innen setzen wir uns für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen aller Menschen ein – unabhängig von ihrer Herkunft. Wir wollen unsere Gesellschaft gerechter und solidarischer gestalten. Deswegen ist eine Zusammenarbeit mit Parteien, die rechtspopulistische oder -extreme, verfassungs- oder gewerkschaftsfeindliche Positionen vertreten oder konkurrierende Arbeitnehmer/innenvertretungen offen unterstützen, für uns ausgeschlossen.

Wo finden wir konkrete Unterstützung?

Folgende Projekte sind hilfreiche Anlaufstellen in der Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus – im Alltag und am Arbeitsplatz.

DGB Bildungswerk Bund / PAU – Projekt zur Aufklärung und Unterstützung von aktiven Gewerkschafter/innen bietet bundesweit Seminare, Vorträge und Workshops für betriebliche und gewerkschaftliche Gremien aller Ebenen. Außerdem steht es mit fachlicher Beratung bei rechter Agitation und Diskriminierung im Betrieb zur Verfügung und unterstützt Kolleg/innen bei der Planung eigener Maßnahmen. *Kontakt: www.dgb-bildungswerk.de / josephin.tischner@dgb-bildungswerk.de / ulf.teichmann@dgb-bildungswerk.de*

DGB Bildungswerk Bund / Arbeitsbereich Migration & Gleichberechtigung fördert die gleichberechtigte Teilhabe von Migrant/innen. Dafür werden arbeitsweltbezogene Bildungs-, Beratungs- und Informationsangebote für

gewerkschaftliche und außergewerkschaftliche Multiplikator/innen angeboten. *Kontakt: www.migration-online.de*

Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V. setzt sich unter dem Logo der gelben Hand seit 25 Jahren gegen Rechtsextremismus, Rassismus und für Gleichberechtigung von Migrant/innen ein. Der gewerkschaftsnahe Verein ist für alle Aktiven aus den Gewerkschaften ansprechbar und kann als Partner für Workshops, Vorträge oder Seminare gewonnen werden. Außerdem wird auf der Homepage eine Best-Practice-Datenbank zur Verfügung gestellt. *Kontakt: www.gelbehand.de*

Netzwerk Demokratie und Courage (NDC) ist ein bundesweites, von jungen Leuten getragenes Netzwerk, das sich für Demokratieförderung und gegen menschenverachtendes Denken engagiert. Das Hauptaufgabenfeld ist die Ausbildung von jungen Menschen als

Multiplikator/innen und die Durchführung von Projekttagen, Seminaren und Fortbildungen, unter anderem an Schulen, Berufsschulen und Bildungseinrichtungen. *Kontakt: www.netzwerk-courage.de*

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus steht an verschiedenen Standorten in ganz Deutschland gesellschaftlichen und betrieblichen Akteur/innen im Kampf gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus zur Seite. Sie unterstützen u. a. Veranstaltungen, Seminare, Demonstrationen und stehen als Referent/innen zur Verfügung oder vermitteln Kontakte zu anderen Organisationen in der Region. *Kontakt: www.mobim.info*

Opferberatung wird in fast allen Bundesländern angeboten. Opferberatungsstellen helfen juristisch, psychologisch und moralisch Menschen, die Opfer von rechter Gewalt oder Zielscheibe rechter Angriffe wurden. *Kontakt: www.mobile-opferberatung.de*

Ausbildungskampagne im Friseurhandwerk

Waschen, schneiden, kämpfen!

Seit Mitte Februar ist ver.di mit der Kampagne „Besser abschneiden“ bundesweit unterwegs zu den Berufsschulen des Friseurhandwerks. Das Ziel der Kampagne: Die Aufwertung des Ausbildungsberufes durch einen bundesweit gültigen Tarifvertrag für die rund 23.000, zumeist weiblichen, Auszubildenden der Friseurbranche.

Niedrigste Ausbildungsvergütungen, viele ausbildungsfremde Aufgaben und unbezahlte Überstunden sind nur drei der zahlreichen Probleme für Auszubildende im Friseurhandwerk. Jugendliche, die sich zur Friseurin oder zum Friseur ausbilden lassen, erleben oftmals einen frustrierenden Berufseinstieg.



Schlechter Schnitt für Friseur/innen

So liegt die durchschnittliche Ausbildungsvergütung im Friseurhandwerk laut Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) 2015 im Osten bei gerade einmal 269 Euro, im Westen bei 494 Euro monatlich und damit deutlich unter dem

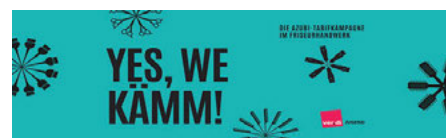
bundesweiten Gesamtdurchschnitt von 826 Euro. Kein Wunder, dass in dieser Branche rund 6.500 Ausbildungsverträge jährlich aufgelöst werden.

„Wir haben auf unserer Berufsschultour ganze Schulklassen voller Friseur-Auszubildenden getroffen, die bei einer 40- oder sogar 50-Stunden-Woche 120 Euro brutto im Monat verdienen. Solche Vergütungen sind ein Skandal. Ein Geschäftsmodell, das darauf basiert, dass Auszubildende überwiegend von Sozialleistungen leben müssen, ist für die Betroffenen und für alle Steuerzahler nicht hinnehmbar.“



Gemeinsam besser abschneiden

Der anspruchsvolle und körperlich anstrengende Ausbildungsberuf zum Friseur muss dringend in Qualität und Bezahlung aufgewertet werden. Dafür werden wir gemeinsam mit 3.000 Auszubildenden in zahlreichen kreativen Aktionen kämpfen“, sagt der



kampagnenverantwortliche Gewerkschaftssekretär Marvin Reschinsky.

Im Zuge der bundesweiten Tour zu über 80 Berufsschulen, mit der ver.di vor Ort über die Rechte in der Ausbildung und tarifpolitische Fragen aufklären will, sind bislang über 1.700 Auszubildende der Gewerkschaft ver.di beigetreten.

Noch bis Ende Juli ist ver.di quer durch die Republik unterwegs zu den Berufsschulen. Nach der bundesweiten Tour plant ver.di dann gemeinsam mit den Auszubildenden die nächsten Schritte: Wahl der Tarifkommission,



Forderungsbefragung, Tarifverhandlungen und Aktionen sind dabei nur einige Schritte.

Weitere Informationen zur Kampagne auf www.besser-abschneiden.info und auf www.facebook.de/besserabschneiden.

Impressum

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,
Handwerkspolitik
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Telefon: 030 / 2 40 60-309, Telefax:
030 / 2 40 60-677
E-Mail: handwerk@dgb.de
Internet: www.handwerk.dgb.de
Verantwortlich: Stefan Körzell
Redaktion: Anna Dollinger
Redaktionelle Bearbeitung: Felix Schnetzer
Gestaltung, Druck und Vertrieb: PrintNetwork
pn / ASTOV Vertriebsges. mbH

Abo-Service

Für Adress- und Abonnementänderungen senden Sie uns eine kurze Nachricht per E-Mail an Antonia.Reimer@dgb.de oder geben uns telefonisch Meldung unter 030 / 2 40 60-768.

Copyright der Fotos: DGB, Seite 1, 6, 7;
Ver.di, Seite 4; NGG, Seite 5; IGM, Seite 5;
HWK Ostmecklenburg-Vorpommern, S. 8;
HWK Konstanz, S. 8; Privat, S. 8



NGG Branchenseminar des Bäckerhandwerks

Kneten, backen, gewinnen!

Das alljährliche Branchenseminar des Bäckerhandwerks fand vom 18. bis 23. Juni 2017 im Bildungszentrum der NGG in Oberjosbach (BZO) statt. Den Betriebsrät/innen aus dem Bäckerhandwerk wurden wichtige Themen rund um ihre verantwortungsvolle Aufgabe von Experten vorgestellt und gemeinsam diskutiert.

Das Themenspektrum reichte von der bundesweiten Tarif- und Branchenentwicklung über Anforderung an die Qualifizierung von Beschäftigten, aktuelle Rechtsprechung und datenschutzrechtliche Aspekte zur EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) bis hin zur Erstellung von Betriebsvereinbarungen im Bäckerhandwerk.

Ein besonderer Fokus lag auf dem Thema Rente. So ging es um Neuigkeiten zum Rentenpaket, das Betriebsrentenstärkungsgesetz, die Flexirente sowie die Bedeutung der betrieblichen Altersvorsorge für die Beschäftigten im Bäckerhandwerk.



Chancen zu Mitbestimmung nutzen

Anna Dollinger, Leiterin der Handwerkspolitik des DGB, gab einen Einblick in aktuelle Entwicklungen auf Bundesebene. Außerdem wurde das bundesweite Projekt Perspektive Selbstverwaltung (PerSe) vorgestellt, das im Januar 2017 gestartet wurde – für mehr Mitbestimmung im Handwerk.

Julia Massolle vom Helex-Institut nahm die Betriebsräte mit auf eine Reise durch die NGG Initiative „Faire Arbeit. Gutes Leben“. Die zugehörige Demografie-Landkarte zeigte anschaulich die Entwicklung des demografischen Wandels im Bäckerhandwerk. In wenigen Schritten wird

die Altersstruktur eines Betriebes anhand der kostenlosen Software analysiert.

In Kontakt und in Bewegung bleiben

Das Seminar wurde von Michael Anderke, Referatsleiter für die Brot- und Backwarenindustrie und des Bäckerhandwerks aus der NGG Hauptverwaltung in Hamburg und Joachim Sopha, Vizepräsident der HWK und Vorsitzender des DGB-Stadtverbandes in Flensburg, veranstaltet.

Das nächste Seminar für Betriebsräte aus dem Bäckerhandwerk wird nächstes Jahr wieder im Bildungszentrum Oberjosbach (BZO) stattfinden, vom 11. bis 15. Juni 2018. Nutzt die Gelegenheit, euer Handwerk positiv zu gestalten, trefft Gleichgesinnte – und habt viel Spaß!

Informationen findet Ihr beim BZO, dort könnt ihr euch auch direkt anmelden:
www.bzo.de

IG Metall Bildungstagung

Berufsbildung 4.0 – Bereit für die Digitalisierung

Die diesjährige Bildungstagung der IG Metall stand unter dem Motto „Berufsbildung 4.0“. Die Teilnehmer/innen erlebten eine Bildungsreise durch unterschiedlichste Betriebe, hatten einen regen Austausch und lernten eine Menge über digitales Lernen in der Aus- und Weiterbildung.



Die IG Metall Bildungstagung fand am 30. und 31. Mai 2017 im Berliner H4 Hotel statt. Die 300 Teilnehmer/innen setzten sich zusammen aus betrieblichem Aus- und Weiterbildungspersonal sowie Betriebsräten und Jugendvertretungen aus Industrie und Handwerk.

Trendsetter in Bildung und Digitalisierung

Wie lassen sich die Herausforderungen der Digitalisierung bewältigen? Auf der Bildungstagung haben wir Trendsetter aus Betrieben der IG Metall-Branchen zu Wort kommen lassen. Ausbilder/innen wie auch Interessenvertretungen präsentierten ihre Best-Practice-Beispiele aus den Bereichen Bildung und Digitalisierung.

Die Praxisbeispiele kamen unter anderem von Siemens, ABB, TRUMPF, Volkswagen, AIRBUS, der Meyer Werft, dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und der Uni Bremen. Mit Technikbeispielen, Präsentationen und Diskussionen wurde gezeigt, was jetzt schon möglich ist und wie man es vor Ort anpackt.

Reise durch Bundesländer und Betriebe

Auf dieser „Bildungsreise 4.0“ erlebten die Teilnehmer/innen der Bildungstagung viele spannende Beispiele aus unterschiedlichsten Betrieben. Die individuellen Fälle zeigen, welchen hohen Einfluss Betriebsräte und Ausbilder auf die Verwirklichung von Bildung und Digitalisierung haben.

Diese Beispiele geben wertvolle Impulse für die eigene Arbeit vor Ort. In jedem Fall ist es wichtig, dass sich Betriebsräte sowie Jugend- und Auszubildendenvertreter als zentrale Akteure für Digitalisierung und Berufsbildung 4.0 aufstellen. Dazu bedarf es eigener Ideen, klarer Konzepte, persönlicher Kompetenz und natürlicher Verhandlungsmacht.

Ideen, Konzepte, Kompetenz, Verhandlung

Kommen diese vier Faktoren zusammen, dann lassen sich Chancen zur Humanisierung unserer

Arbeitswelt auch wirksam durchsetzen. Denn in vielen Unternehmen ist noch nicht entschieden, ob und wie sich gute Bildung und gute Arbeit im Zuge der Digitalisierung durchsetzen lassen.

Diesen Prozess müssen wir aktiv gestalten. Trotz der großen Chancen und der Brisanz des Themas spielt „Digitalisierung“ nur in gut einem Drittel der Ausbildungsbetriebe eine Rolle. Über 65 Prozent der befragten Verantwortlichen im „Digitalisierungs-Monitor“ der Bertelsmann Stiftung erklären, dass die „Digitale Transformation“ keine Bedeutung in ihrem Ausbildungsbetrieb habe.

Eine Befragung des BIBB zeigt, dass gut zwei Drittel der Betriebsräte dem Einsatz von digitalen Geräten und Medien in der Aus- und Weiterbildung offen und unterstützend gegenüberstehen. Berufsbildung 4.0 scheitert also nicht an den Betriebsräten!

Die Digitalisierung der Arbeitswelt bleibt für die Berufsbildung ein wesentliches Thema. Folglich beschäftigte sich die IG Metall Bildungstagung mit der Umsetzung im Arbeitsalltag. Die erfolgreichen Praxisbeispiele wurden auf dem IG Metall Berufsbildungsportal dokumentiert:
www.wap.igmetall.de

In unsere Zukunft investieren – statt privatisieren!

Mehr Investitionen in Bildung, bezahlbare Wohnungen, Infrastruktur und in den öffentlichen Dienst forderte DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell auf der Kundgebung am 1. Mai 2017 in Bremerhaven: „Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Damit unsere Demokratie handlungsfähig bleibt und unsere staatlichen Institutionen ihre Aufgaben erfüllen können, brauchen Bund, Länder und Kommunen mehr Geld“.

Staatsaufgaben müssen laut Körzell über Steuern finanziert werden, statt über Gebühren oder eine Straßenmaut: „Gebühren – egal

ob fürs Schwimmbad, die Kita, die Bücherei oder Abwasser und Müll – belasten schmale Schultern immer mehr als die Leute mit dem dicken Geldbeutel. Alle politisch Verantwortlichen müssen endlich kapieren, dass dieser Staat nicht funktioniert, wenn nur die Reichen noch unbeschwert und sorgenfrei in ihm leben können.“



Ein gutes Leben für alle

„Wir wollen keine Armenviertel und keine geschlossenen Viertel für Reiche. Wir wollen mehr sozialen Wohnungsbau. Wir wollen wieder mehr bezahlbare Wohnungen, auch in den Stadtzentren“, forderte Körzell. Wohnen dürfe nicht zum Luxusgut werden. Dazu müssten jährlich 400.000 bis 450.000 neue Wohnungen gebaut werden, besonders im bezahlbaren Mietsegment.

Zum Vorhaben der Bundesregierung, die Verwaltung der Autobahnen in einer privaten Infrastrukturgesellschaft zu bündeln, sagte Körzell ganz klar: „Jede Form der Privatisierung von Autobahnen muss verhindert werden“. Der Staat dürfe diese Hoheitsaufgabe nicht dem Gewinnstreben von Banken und Versicherungskonzernen opfern. Die Arbeitsplätze und Kompetenzen in den bisher zuständigen Landesbehörden müssen erhalten bleiben. „Sie sind unverzichtbar, um die jahrzehntelang auf Verschleiß

gefahrene Infrastruktur zu sanieren. Freilich brauchen wir dafür auch mehr öffentliche Investitionen.“

Solidarität mit den Schwächsten

Mit Blick auf die hohe Kinderarmutsquote – in Deutschland leben 2,6 Millionen Kinder in Armut – sagte Körzell: „Es ist beschämend, dass die Politik offensichtlich diejenigen vergisst, die noch keine eigene Stimme haben und die besonderen Schutz brauchen. Kinderarmut und die damit oft verbundene prekäre Situation Alleinerziehender darf es in Deutschland nicht mehr geben. Geld ist genug da. Es muss nur bei denjenigen geholt werden, die es im Überfluss horten. Eine gerechte Steuerreform ist überfällig.“

Körzell verwies auf die Steuer-Eckpunkte des DGB zur Bundestagswahl: „Die Einkommensteuer, die wir wollen, kommt mehr als 95 Prozent der arbeitenden Menschen zugute. Wir fordern einen deutlich höheren Grundfreibetrag, aber auch einen Spitzensteuersatz, der wirklich Spitzenverdiener betrifft“. Die Vermögensteuer sollte wieder eingeführt, die Erbschaftsteuer wirksam reformiert werden. Kapitalerträge gehörten wieder genauso besteuert wie ehrliche Arbeit.

Dienstleistungspaket und soziale Säule

Potsdamer Erklärung: Gegen eine Dienstleistungskarte

Mit der Initiative „Europäische Säule sozialer Rechte“ klärt die EU-Kommission Standards zur Sozial- und Beschäftigungspolitik in Europa. Nach Ansicht des DGB ist die Initiative ein akzeptabler Rahmen für gute und faire Arbeitsbedingungen in Europa. Die Arbeitnehmervizepräsidenten/innen beziehen mit der „Potsdamer Erklärung“ vom 1. Juli 2017 eine klare Position gegen die geplante Einführung einer Dienstleistungskarte und für die Stärkung sozialer Rechte.

Dienstleistungspaket: Akzeptabler Kompromiss

„Es ist wichtig, dass der Meisterbrief in dem Ende Mai gefundenen Kompromiss angenommen wurde“, heißt es in der Potsdamer Erklärung. „Denn der Meisterbrief und das duale Ausbildungssystem sichern die Qualität der Handwerksleistungen.“

Auch andere Änderungen sind von Bedeutung, beispielsweise zur Kammerzugehörigkeit oder

zum Umgang mit neuen Berufsreglementierungen. Insgesamt werden die geforderten Standards durch den ausgehandelten Kompromiss gesichert – zumindest im Sinne von Minimalanforderungen: „Die Änderungen markieren eine Linie, die gut ist und die unter keinen Umständen unterschritten werden darf.“

Dienstleistungskarte: Gefährlicher Holzweg

Die geplante Einführung einer Dienstleistungskarte bereitet den Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten große Sorgen. Sie würde jedem Arbeitnehmer innerhalb der EU erlauben, in Deutschland zu den Bedingungen seines Herkunftslandes zu arbeiten.

Dieses Herkunftslandprinzip würde sich auswirken auf Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz, Arbeitszeitgesetze – aber auch Vergütung. Damit würde sich in den europäischen Binnenmärkten eine

neue Spirale des Lohndumpings in Gang setzen.

Das gefährdet ganze Branchen. Betriebe werden einem unfairen Dumping-Wettbewerb ausgesetzt. Eine staatliche Kontrolle ist in diesen Fällen nicht mehr möglich.

Europa als gemeinsame Chance begreifen

Ein großer Vorteil unseres Europas besteht darin, dass es für Arbeitnehmer/innen möglich ist, in allen europäischen Ländern zu arbeiten. Die Arbeitnehmervizepräsidenten/innen legen aber größten Wert darauf, dass die europäische Beschäftigungspolitik auf sozialen und fairen Grundsätzen basiert.

Die geplante Dienstleistungskarte widerspricht dem ganz klar. Deshalb muss das Handwerk ein klares Signal gegen die Dienstleistungskarte setzen und für die „soziale Säule“.

Arbeitsgericht stoppt Tariffucht

Leider versuchen Arbeitgeber trotz Innungsmitgliedschaft immer wieder aus der Tarifbindung auszusteigen. Das untergräbt das handwerkliche Tarifgefüge und führt zu einem ruinösen Dumpingwettbewerb. Nachdem das Bundesverwaltungsgericht im vergangenen Jahr bereits den OT-Mitgliedschaften eine klare Absage erteilte, stärkt nun das Arbeitsgericht in Kleve erneut die Tarifbindung im Handwerk.

Bereits 2016 hatte das Bundesverwaltungsgericht den Mitgliedschaften ohne Tarif eine Absage erteilt – sogenannten OT-Mitgliedschaften. Trotz der klaren Rechtslage schreitet die Erosion des handwerklichen Tarifgefüges weiter fort. Innungen ermöglichen den Ausstieg aus der Tarifbindung – sei es über alternative OT-Instrumente oder für einzelne Mitglieder.

Ein Versuch dieser punktuellen Tariffucht ist die sogenannte Gastmitgliedschaft eines Handwerksbetriebs in der für ihn zuständigen Innung. Auf diese Weise versucht man, die Tarifgebundenheit zu umgehen.

Gastmitgliedschaft ist Tariffucht

Im aktuellen Fall hat das Arbeitsgericht am Beispiel der Firma Kässbohrer diese Vorgehensweise gestoppt.

Konkret ging es um die Geltendmachung des tariflichen Urlaubsanspruchs von 30 Tagen im Jahr, der durch Kolleginnen und Kollegen der Firma Kässbohrer eingefordert, aber durch den Arbeitgeber abgelehnt wurde. Kässbohrer stellt LKW-Aufleger und Anhänger her und ist dem Schlosserhandwerk zugehörig.

Die IG Metall argumentierte, dass eine Gastmitgliedschaft in der öffentlich-rechtlichen Innung entsprechend der Handwerksordnung nur für Betriebe in Frage käme, die dem Handwerk „nahe stehen“. Betriebe aber, die dem Handwerk angehören, für das die Innung errichtet wurde, müssten dieser auch als Vollmitglied angehören – und nicht nur als Gast.

Diese Rechtsauffassung wurde vom Arbeitsgericht in Kleve vollumfänglich bestätigt.

Das Gericht folgte der Darlegung der DGB Rechtsschutz GmbH, die die Vertretung der Kolleginnen und Kollegen bei Kässbohrer übernommen hatte.

Klares Signal an Arbeitgeber und Beschäftigte

Mit diesem Urteil des Arbeitsgerichts in Kleve ist die Tariffucht über sogenannte Gastmitgliedschaften nicht mehr möglich. Wir werten das Urteil als richtiges und wichtiges Signal für die Sozialpartnerschaft und Tarifbindung im Handwerk.

Nicht zuletzt zeigt das Arbeitsgerichtsurteil, welche Vorteile die Gewerkschaftsmitgliedschaft im Handwerk bringt. Diese gilt es zu nutzen und über eine Stärkung der Mitgliederbasis auszubauen. Gute Arbeitsbedingungen und Tarifbindung sind keine Selbstläufer. Sie werden erst durch starke Gewerkschaften mit aktiven Mitgliedern ermöglicht.

Daher: Mitglied werden: <https://www.dgb.de/service/mitglied-werden/index.html>

Projekt PerSe

Selbstverwaltung hat Zukunft

Bereits im Handwerksinfo 1/2017 haben wir ausführlich über das Projekt „Perspektive Selbstverwaltung“ (PerSe), gefördert von BMWi und durchgeführt von Arbeit und Leben als Projektpartner, berichtet. Mit der Auftaktveranstaltung wurde PerSe nun offiziell gestartet. Innerhalb der Projektlaufzeit (bis 31. 12. 2019) werden wir regelmäßig über Aktivitäten und Neuigkeiten aus dem Projekt berichten.

Hohes Interesse am Projekt

Am 15. Mai 2017 fand die erste Sitzung des PerSe-Beirates statt. Auf der Tagesordnung standen unter anderem folgende Punkte: Stand



der Interessenbekundungen der Handwerkskammern, Öffentlichkeitsarbeit, Evaluation.

Erste Feedbacks und Nachfragen sind großartig: Am Projekt PerSe beteiligen sich 29 Handwerkskammern. 18 Handwerkskammern planen noch in 2017 Veranstaltungen. Insgesamt sind derzeit 122 Veranstaltungen geplant.

„Selbstverwaltung lebt vom Engagement“

Am 30. Juni 2017 fand die Auftaktveranstaltung im Bundesministerium für Wirtschaft (BmWi) in Berlin statt – 80 Teilnehmer/innen kamen. Dr. Sabine Hepperle, Abteilungsleiterin im BmWi, führte in die Veranstaltung ein. Stefan Körtzell, Mitglied des Geschäftsführenden



DGB-Bundesvorstandes und Holger Schwannecke, Generalsekretär des ZDH, sprachen das Grußwort. Eine Talkrunde mit anschließender Diskussion zum Thema „Zukunftssicherung Handwerk: Branchendialog und Selbstverwaltung“ rundeten die Veranstaltung ab.

Das Handwerk liegt in unseren Händen

Das Projekt PerSe ist ein Ergebnis des Branchendialogs Handwerk, der gemeinsam vom BmWi, DGB und ZDH 2015 initiiert wurde. Es soll ehrenamtliches Engagement in der Selbstverwaltung fördern, die Mitglieder fit für die Arbeit in den Kammern machen und das Ehrenamt für neue Zielgruppen attraktiv gestalten.

Ziel sind Aufbau und Implementierung von Qualifizierungs-, Bildungs- und Beratungsstrukturen in der und für die Selbstverwaltung des Handwerks. Ein besonderer Fokus wird auf Zukunftsfragen liegen, wie sie im Branchendialog Handwerk erarbeitet wurden, unter anderem interkulturelle Öffnung, demografischer Wandel und Digitalisierung.

<http://www.perse-handwerk.de/>

Frühjahrstagung des DHKT

Handwerk aktiv gestalten

Anfang Mai tagten die Arbeitnehmer-Vizepräsidenten/innen der Handwerkskammern in Kaiserslautern. Die Referenten setzten spannende Impulse für unsere gewerkschaftliche Arbeit im Handwerk. Entsprechend konstruktiv waren Diskussionen und Beiträge. Die DHKT Herbsttagung findet vom 13. bis 14. Oktober 2017 in Hannover statt.

Prof. Dr. Jutta Rump, Institut für Beschäftigung und Employability, beschäftigte sich in ihrem Vortrag mit den Anforderungen, denen die Beschäftigten in der digitalen Arbeitswelt ausgesetzt sind. Titel: „Auf dem Weg zur Arbeit 4.0“.

Dr. Andreas Zeuch, Berater und Buchautor, stellte die entscheidende Frage: In welcher

Welt wollen wir leben? Sein Buch „Alle Macht für niemand. Aufbruch der Unternehmensdemokraten“ beschreibt, wie Unternehmen auch anders funktionieren können, nämlich durch demokratische Strukturen und Kulturen. Zeuch zeigt, dass Unternehmensdemokratie positive Auswirkungen auf Mitarbeiter, Unternehmen – und die gesamte Gesellschaft hat.

Marco Mauer, Journalist und Autor, bearbeitet in seinem autobiografischen Buch die Ursachen für Bildungs(un)gerechtigkeit, lässt Betroffene wie Experten zu Wort kommen und zeigt Chancen für die individuelle und gesellschaftliche Entwicklung auf. Titel: „Du bleibst was du bist – Warum bei uns immer noch die soziale Herkunft entscheidet“.

Barbara Menke, Bundesgeschäftsführerin von Arbeit und Leben DGB/VHS e.V., berichtete über den Start und aktuellen Stand des Projekts „PerSe – Perspektive Selbstverwaltung“.

Anna Dollinger, Leiterin Handwerkspolitik (DGB-Bundesvorstand), stellte den Situationsbericht zur Handwerksarbeit mit Erfolgen und Perspektiven vor.

Thomas Giessler, Referatsleiter Berufsbildungspolitik (DGB-Bundesvorstand), berichtete über aktuelle Themen aus der Berufsbildung.

Personalien

Auf gute Zusammenarbeit!



Jens Roost ist neuer Arbeitnehmer-Vizepräsident der Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern. Er ist in der Tischlerei Meinert in Rostock tätig. Seine Meisterprüfung im Tischlerhandwerk hat er 2004 abgelegt – und ist seit dem gleichen Jahr Mitglied der Prüfungskommission der Innung. Seit 2007 ist Jens Roost in der Vollversammlung der Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern. Mitglied im Berufsbildungsausschuss der Handwerkskammer ist er ebenfalls seit 2007.



Claus Aberle ist neuer Arbeitnehmer-Vizepräsident der Handwerkskammer Konstanz. Die Vollversammlung wählte den 55-jährigen Kfz-Mechatroniker und Betriebsratsvorsitzenden aus Radolfzell einstimmig zum Nachfolger des im November letzten Jahres verstorbenen Meinrad Schmidt.



Ute Hieronymus ist seit dem 1. Juni 2017 als Sachbearbeiterin für das Projekt PerSe tätig.

Die Kolleg/innen der Handwerkspolitik des DGB gratulieren herzlich! Wir freuen uns auf eine spannende und konstruktive Zusammenarbeit.

prüf mit!-Info-Veranstaltungen

Im Betrieb für Qualität sorgen

Ehrenamtlich im beruflichen Prüfungswesen tätig zu sein, ist ein wichtiger Beitrag zur Qualitätssicherung in der Aus- und Weiterbildung – und ein spannendes Tätigkeitsfeld. Das ver.di Projekt „prüf-mit!“ bereitet darauf vor, bietet Qualifizierung und Beratung in der aktiven Prüfertätigkeit.

Prüf mit!

In Kooperation mit dem DGB Bundesvorstand und Kolping bietet „prüf-

mit!“ in 2017 zwei Informationsveranstaltungen für Prüfende in der Selbstverwaltung des Handwerks an:

27.–28. Oktober 2017, Düsseldorf
24.–25. November 2017, Regensburg

Beginn jeweils Freitag, 14.30 Uhr.
Ende: Samstag, 12.30 Uhr.

Für Teilnehmende entstehen keine Kosten: Unterkunft, Verpflegung und Fahrtkosten werden von „prüf mit!“ übernommen (Bahnfahrt 2. Klasse oder 20 Cent/Kilometer Erstattung bei Hin- und Rückreise im eigenen PKW, maximal 120 Euro). Teilnahmegebühren werden nicht erhoben.

Anmeldung und viele weitere Informationen unter www.pruef-mit.de

Mitglied werden!

Im Internet finden Sie alle weiteren Informationen, wie man Mitglied in einer DGB-Gewerkschaft wird.

www.dgb.de/service/mitglied-werden/index.html

Oder einfach den nebenstehenden QR-Code mit dem Mobiltelefon oder einem Tablet-Computer einscannen und die entsprechende Seite aufrufen.

